



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die Sprachen- und Beamtenfrage in Böhmen : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des Fideikommisses kann durch den Familienschluß ohne Beitritt der Fideikommissbehörde erfolgen; es kann jedoch in der Stiftungsurkunde ausdrücklich bestimmt werden, daß die Aufhebung der Stiftung von der Genehmigung des Königs oder der zuständigen Minister abhängig sein soll.

Der Familienschluß muß mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwartschaftsfähigen Familienmitglieder gefaßt werden. Er bedarf der Zustimmung des Familienrats, die einstimmig erteilt sein muß, wenn es sich um die Aufhebung des Familienfideikommisses handelt.

Das Gesagte wird genügen, den Lesern der Grenzboten, denen an einer geordneten und stetigen Entwicklung unsrer staatlichen Verhältnisse gelegen ist, den beruhigenden Eindruck zu geben, daß der besprochne Entwurf nicht unter dem Einflusse feudaler Mächte zustande gekommen ist, sondern daß er fortschrittlichen Grundsätzen huldigt, ohne dabei das Wohl des Staates außer acht zu lassen, das nicht ausschließlich auf Freiheit und Gleichheit, sondern ebensosehr auf williger Unterordnung und angemessener Gliederung beruht. Wenn die hier ausgesprochenen Bedenken wegen zu häufigen bürokratischen Eingreifens der Behörde auch von andern Seiten empfunden werden sollten, so wird es leicht sein, den Entwurf im Laufe der Beratung von solchen leichten Schlacken zu befreien, ohne dadurch das Wesen der beabsichtigten Einrichtung, der man nur Glück und Gedeihen wünschen kann, zu beeinträchtigen.



Die Sprachen- und Beamtenfrage in Böhmen

(Schluß)



Abgesehen von dem Kardinalfehler, daß sich die Deutschliberalen unter der Führung des Deutschböhmern Herbst wegen ihres unfruchtbaren doktrinären Liberalismus um die Herrschaft bringen ließen, liegt ihr Hauptmißgriff namentlich für die Sudetenländer darin, daß sie von der bewährten Methode Bachs, der Zweisprachigkeit der Beamten, abgingen und den deutschen Charakter des Beamtentums dadurch wahren zu können meinten, daß sie sich ausschließlich auf die Pflege der deutschen Sprache zurückzogen. Die Polen und die Magyaren machen es bei sich wohl ebenso, aber sie haben sich in der Herrschaft erhalten, während es mit den Deutschliberalen aus war, gerade nach einem Jahrzehnt, seitdem die neue Einrichtung getroffen worden war, und die ersten danach gebildeten Beamten zum Vorschein kamen. Von dieser Zeit an datiert nun auch das Eindringen und das Aufsteigen des Tschechentums in der Beamtenschaft. Anfangs machte sich das nicht so sehr bemerkbar, weil noch genug Beamte aus der Bachschen Zeit da waren, auch aus Galizien und Ungarn zurückkehrten, wo man sie nicht mehr leiden mochte. Die waren alle gut deutsch. Aber nach und nach verschwanden aus den tschechischen Bezirken die deutschen Beamten vollständig, weil dem jüngern Nachwuchs die Kenntnis des Tschechischen

mangelte, und aus demselben Grunde mehrten sich in den gemischtsprachigen Bezirken die tschechischen und minderten sich die deutschen Beamten. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, der aber das tatsächlich vorhandne allgemeine Anwachsen des tschechischen Beamtenheeres noch nicht erklärt. Das Eindringen des Tschechentums hat, seit der Tscheche Prazał Justizminister gewesen ist, in den Justizdienst, seit Raizls Finanzministerium in das Steuerfach unstreitig eine mächtige Förderung erfahren, aber auch diese persönliche Einwirkung genügt um so weniger zur Erklärung, als sich auch auf andern Gebieten des öffentlichen Dienstes, im Priesterstande und sogar im Offizierkorps, dieselbe Erscheinung findet. Neuerdings lärmen sogar die Schönererianer fortwährend gegen das Ministerium Körber, weil es jüngere tschechische Gerichtsbeamte in Deutschböhmen anstelle. Wie erklärt sich denn das? Hat man neben dem allgemeinen Geschrei über die Vertschechung des Beamtentums etwa auch gehört, daß sich irgendwo beschäftigungslose deutsche Beamte vorfinden? Nein, die gibt es nicht, es ist in den Sudetenländern überhaupt so wenig Nachwuchs an deutschen Beamten vorhanden, daß man auch in reindeutschen Bezirken Stellen mit Tschechen und Polen besetzen muß. Die Alldeutschen lärmen wohl deswegen, aber sie geben sich leider darüber keine Rechenschaft, ebenso wie sie jahrelang über die Tschechisierung deutscher Fabrikstädte geklagt haben, ohne zu erkennen, daß man es da im wesentlichen mit einer wirtschaftlichen Erscheinung zu tun hat, indem der billiger arbeitende tschechische Arbeiter den teuern deutschen verdrängt. Vor zwei Jahren brachte die Leitmeritzer Zeitung einen Mahnruf an die Deutschen von „sehr geschätzter Seite,“ worin es hieß: „Es mangelt heute an deutschen Staatsbeamten. Die Zeit der wüsten, sinnlosen Agitation gegen Staat und Monarchismus hat diesen Mangel geschaffen. Der Eintritt in den Staatsdienst wurde ja eine Zeit lang als »Volksverrat« erklärt: deutsche Beamte wurden von ihren Stammesgenossen über die Achseln angesehen. Was mit dieser Taktik dem Deutschtum in Böhmen angetan wurde, das wird sich erst in den nächsten Jahren so recht zeigen. Heute sind die ersten Beamtenstellen des Reiches noch in deutschen, bürgerlichen Händen. Aber es ist kein Nachwuchs da! Tschechentum und Feudaladel aspirieren auf die freiverdenden Stellen, und in wenig Jahren werden deutschbürgerliche Sektionschefs und sogar niedere Beamte in den Ministerien eine Seltenheit sein. Das alles hat die kurzfristige Leidenschaft der Fraktionsfanatiker verschuldet; man wird einst ihr Andenken nicht segnen können. Nun aber muß für die Zukunft gearbeitet werden. Mit Verhezung der Jugend und heftigen Demonstrationsreden wird nichts besser gemacht. Die Schlappe der letzten Jahre muß ausgewetzt werden, die Bezeichnung »f. f.« ist keine Schande, sondern eine Ehre im Staate, dessen Fürst stolz ist, ein Deutscher zu sein. Ihr deutschen Väter, wahr! unser Recht, unser Besitztum.“

Dieser Notschrei aus Deutschböhmen kennzeichnet die Lage deutlich. Auch die Gablonzer Zeitung sagte, der Ministerpräsident werde die Forderung nach deutschen Beamten nicht erfüllen können, weil Mangel daran herrsche, und werde den deutschen Abgeordneten sagen: Sorgt doch im deutschen Volke für den deutschen Nachwuchs, der Regierung wird es recht sein. Wenn das Blatt

aber dann weiter meint, daran daß der deutsche Nachwuchs nicht nur an Beamten, sondern auch an Priestern fehle, seien zumeist nur die Alldeutschen schuld, so ist das eine einseitige Parteimeinung, die höchstens für die letzten Jahre richtig sein könnte. Der Ursprung der deutschen Verschuldung liegt viel weiter zurück. Seit einem Vierteljahrhundert — denn man darf auch die letzten Jahre des Ministeriums Adolf Auerzperg dazu rechnen — führen die Deutschen fast ununterbrochen Krieg gegen die Regierung. Als die Deutschliberalen aus der Regierung gedrängt worden waren, wurde die allgemeine Losung ausgegeben, den Staat zu boykottieren, denn man hoffte auf diese Weise am ersten wieder ins Regiment zurückzukehren. Aus dieser Zeit stammt ursprünglich die Tendenz, daß Deutsche nicht Beamte werden dürften, und man beging damit denselben Fehler, wie seinerzeit mit der Einsprachigkeit der Mittelschulen, indem man den Deutschen ein bisher befestenes einflußreiches Feld verschloß. Daß dabei meist und besonders nach dem Anwachsen der radikalen Strömung die Staatsverwaltung mit dem Staat selbst verwechselt wurde, liegt auf der Hand, und gerade bei den nationaler gesinnten Teilen der Deutschen stellte sich unter einer so gänzlich verfehlten Parole mit der Unzufriedenheit über die Staatsverwaltung auch eine immer mehr wachsende Abneigung gegen den Staatsdienst ein. Hand in Hand damit ging zugleich die Förderung des Widerwillens gegen die tschechische Sprache und die „Verkehlung“ (um einen Wiener Preßausdruck zu gebrauchen) des Priesterberufs, wodurch die Priesterseminare immer mehr an deutschen Zöglingen verloren, sodaß heute die geringe deutsche Minderheit unter dem Übermut der tschechischen Mitschüler schwer leiden muß, und die Kirchenbehörden, ob sie wollen oder nicht, gezwungen sind, tschechische Priester in deutsche Gemeinden zu senden. Noch bedenklicher ist die Schürung der deutschen Abneigung gegen das gemeinsame Heer. Sie ist in ihrem Ursprung auch mit dem Sturze des letzten deutschen Ministeriums innig verknüpft, konnte jedoch bei der großen Beliebtheit der Armee erst infolge der unsinnigen Agitation der Deutschradikalen gegen das Heer und namentlich das Offizierkorps zu einer erkennbaren Wirkung gelangen. Aber seit Jahren tritt die befremdliche Erscheinung zutage, daß die Anmeldung deutscher Zöglinge zu den Kadettenanstalten auffallend zurückgeht. Nun sind doch aber gerade für die Deutschösterreicher die Armee und gute Beziehungen zu ihr von ganz besondrer Bedeutung, da sie in ihrer ganzen Geschichte eine deutsche Einrichtung und doch auch in Osterreich das entscheidende Machtmittel ist. Wenn sich die Deutschen nun gar auch noch von der Armee so zurückziehen, daß sie ihre Söhne, die bisher doch immer das Hauptkontingent für die Kadettenschulen stellten, andern Berufen zuwenden, so geben sie auch ihre Stellung in der Armee auf und begehen denselben Fehler, der schon zur Slawisierung des Priesterstandes geführt hat. Das ist sicher keine gute Politik, aber es entspricht ganz dem Temperament des Deutschösterreichers; statt eine wertvolle Position mit Zähigkeit festzuhalten, verläßt man sie in zähem Trotz, vielleicht um sie später wieder mit Sturm nehmen zu wollen. Ob das aber, sogar mit schweren Opfern, gelingen wird, hängt dann doch auch vom Gegner ab.

Es ist die höchste Zeit, daß die Deutschösterreicher, und besonders die

der Sudetenländer, energisch zur Umkehr schreiten, denn sie gehn auf einer zum Abgrund führenden Bahn. Es ist unverständiges Gerede, wenn die Deutschradikalen vom Ministerium Körber fordern, es müsse zum Beweise des „Systemwechsels“ mit der Ausmerzung tschechischer Beamten, Priester und Offiziere beginnen; das ist leichter gesagt als getan, denn genügender deutscher Nachwuchs ist nirgends vorhanden. Der Gerechtigkeit halber muß noch angeführt werden, daß die bedenkliche nationale Verschiebung im Staatsdienste, in der Priesterschaft und im Offizierkorps nicht allein auf die politische Agitation zurückzuführen ist, sondern daß auch wirtschaftliche Gründe mitgewirkt haben. Die Einkünfte der Seelsorgegeistlichkeit sind so gering, daß auch solche Berufe, die keine akademische Bildung verlangen, weit bessere Aussichten bieten. Die mittelmäßige Besoldung der Beamtenschaft, namentlich aber der Offiziere auch nach der Regulierung, vermochte die deutsche Intelligenz nicht anzuziehen gegenüber den günstigen Aussichten, die sich vermöge der technischen Fortschritte, hauptsächlich der Elektrotechnik, und des sich daraus entwickelnden industriellen Aufschwungs, ausgebildet hatten. Ob sich der Stillstand auf diesem Gebiete schon in einer vermehrten Zuwendung zur Laufbahn der Beamten und der Offiziere bemerkbar macht, läßt sich noch nicht übersehen. Auch in diesen Berufen wiederholte sich, was schon oben über das Verhältnis zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern gesagt worden ist. Der Tscheche ist weniger anspruchsvoll und ist mit dem Gehalt der Beamten, Offiziere und Priester zufrieden. Noch mehr zeigt sich dies bei den Unterbeamten, am auffälligsten bei der Post und auch beim Gericht. Für diese gering dotierten Stellen sind eigentlich keine deutschen Bewerber vorhanden; so fehlten in den rein deutschen Bezirken Böhmens im Jahre 1899 für mehr als dreihundert Stellen deutsche Bewerber! Unter solchen Verhältnissen muß der Postdienst nach und nach der Slawisierung verfallen. Es haben also zunächst die aus politischer Tendenz geförderte Abneigung der Deutschen gegen den Staatsdienst, dann die bessern materiellen Aussichten in den technischen Berufen und schließlich auch in den letzten Jahrzehnten die an verschiedenen Stellen unverkennbar vorhandnen Slawisierungsabsichten zusammengewirkt, das Eindringen des slawischen, hauptsächlich tschechischen Elements in die einzelnen Zweige des Staatsdienstes zu fördern, aber es muß ausdrücklich betont werden, daß diese Entwicklung nicht etwa erst die Folge der Badenischen Sprachenverordnungen gewesen ist, obgleich diese eine Ungerechtigkeit sondergleichen waren.

Für die Sudetenländer kommt nun noch ein anderer Umstand in Betracht. Da die Abneigung gegen den Staatsdienst so ziemlich allen Deutschösterreichern gemeinsam ist, so fehlt es auch in den südlichen, zum großen Teil rein deutschen Provinzen an Beamten, und diese ergänzen sich durch deutschen Zuzug aus den Sudetenländern. Das gilt in der Hauptsache von Wien, hat aber auch auf Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Steiermark Bezug. Aus naheliegenden Ursachen ist Zahlenmaterial über diese Beamtenwandrung schwer zu beschaffen, wenn aber aus einer Zusammenstellung des Postassistenten M. Deutsch hervorgeht, daß in Wien aus dem kleinen Schlesien allein im Jahre 1901 nicht weniger als 144 im Staatspostdienst angestellte Beamte

waren, so lassen sich Schlüsse ziehen auf den Umfang dieser Heimatflucht der Beamten aus den Sudetenländern, und man beginnt zu begreifen, warum in dem ungefähr dreimal größern Deutschböhmen im Postdienst dreihundert deutsche Bewerber fehlten und selbstverständlich durch Tschechen ersetzt werden mußten. Es kann nun freilich deutschen Beamten nicht verwehrt werden, dem Zug nach der Großstadt zu folgen und der Abneigung gegen die zweite Landessprache nachzugeben, doch liegt trotzdem eine gewisse nationale Schwäche mit vor, die sich aus Bequemlichkeit nicht auf die Bresche in der Heimat stellen mag und den Aufenthalt im lustigen Wien oder in dem fröhlichen Donaugebiet dem mit allerlei Mißhelligkeiten verknüpften Kampfesleben in der Heimat vorzieht. Jedenfalls stimmt es nicht mit dem Jammergeschrei über die fortschreitende Tschechisierung der Beamtenwelt überein, wenn man den Tschechen auch aus diesem Grunde zahlreiche Stellen, die man ganz gut behaupten könnte, freiwillig räumte. Würden die nicht mit einheimischen Beamten in den deutschen Provinzen Österreichs besetzbaren Stellen von Tschechen eingenommen, so würden diese in der dortigen deutschen Bevölkerung national unschädlich sein, während sie in den Sudetenländern mit ihren einheimischen Kollegen zusammen tschechisierend wirken, was sicher nicht in demselben Maße der Fall wäre, wenn ihnen eine größere Anzahl der leider abgewanderten deutschen Beamten gegenüberstände. Die Tschechen handeln klüger und konsequenter; allerdings haben sie es leichter, da sie von einem gemeinsamen Mittelpunkte aus vordringen, und auch der Mann, der bloß um des bessern Lebens willen in die noch so ziemlich deutsche Stadt strebt, ihnen dort nicht verloren geht, sondern als tschechischer Vorposten wirken muß. Es zeigt sich auch hier bestätigt, daß große Nationen leichter die Abtrennung von Teilen ertragen als die kleinen, denn diese suchen den letzten und fernsten Mann zur Mitwirkung und Beisteuer heranzuziehen. Darum ist auch der nationale Einheitsfanatismus am größten bei kleinen Nationen. Tatsächlich wird der Abwanderung von meist deutschen Beamten aus den Sudetenländern, die durch Heranziehung tüchtiger Kräfte in die Zentralbureaus der Hauptstadt nur zum geringen Teil erklärt werden kann, bei den Deutschösterreichern fast gar keine Beachtung geschenkt. Man lärmt in allen Tonarten über Vertschechung des Beamtentums, gibt sich aber nur selten Mühe, den einzelnen Gründen nachzuforschen, und noch weniger, eine umfassende Gegenwirkung einzuleiten. Die Regierung ist schuld, sagt man wie gewöhnlich. In der Provinzpresse wird nur selten eine vereinzelt Stimme laut, die hauptstädtischen deutschen Blätter nehmen nie Notiz davon, denn sie haben immer ihre eignen Ziele verfolgt und begnügen sich, um diese zu fördern, gelegentlich die Oppositionslust der Deutschen anzufachen. Gegen die Abwanderung deutscher Beamten aus den Sudetenländern hat sich bisher überhaupt nur eine Stimme erhoben, die des schlesischen Landtagsabgeordneten Dr. Eduard Türk, der vor einigen Jahren bei einem Ferienkommers deutsch-schlesischer Hochschüler diese dringend ermahnte, sie müßten einsehen lernen, daß die großartigsten Demonstrationen und die schönsten Resolutionen nichts hülfen, sie müßten vielmehr in schweigender Entschlossenheit planmäßig arbeiten und das zur Tat machen, was sie in ihren begeisterten Reden und Liedern

verföchten. Die Ostschlesier dürften nicht nach den Hochschuljahren in die Ferne ziehen, wo es sich vielleicht schöner und bequemer leben lasse, sondern sie gehörten in die Heimat, denn da wären sie unerseßlich, um die ostschlesische Heimat wieder zu erobern und zu erhalten. In Deutschösterreich sind selten Worte von so großem, politisch praktischem Wert gesprochen worden. Was Dr. Türk da gesagt hat, gilt für alle Deutschen in den Sudetenländern, dem geträumten Wenzelsreiche der Tschechen. In reichsdeutschen Zeitungen dringt nur selten eine zuverlässige Mitteilung über die hier geschilderten wirklichen Verhältnisse der österreichischen Beamtenfrage, denn sie erhalten ihre Nachrichten größtenteils nach hergebrachten Beziehungen von liberal-kapitalistischer Seite, die dieser Angelegenheit keine eingehende Beachtung schenkt, oder zum andern Teil aus dem alldeutschen Lager, wo man sich in heftigen Klagen gegen den heutigen Zustand ergeht, ohne daß man auch das Verständnis und den festen Willen hätte, dem Ursprung nachzuforschen und sich über wirklich nützliche Gegenmaßregeln klar zu werden. Mit eitler Rede wird aber nichts geschafft, klinge sie auch noch so kräftig.

Berordnungen lassen sich zurücknehmen, aber Beamtenernennungen nicht. Dieser Leitsatz ist von entscheidender Bedeutung für die Sprachen- und Beamtenfrage in Böhmen. Die Aufhebung der Badenschen Sprachenverordnungen haben die Deutschen nach dritthalbjährigen Kämpfen erzwungen, eine Änderung in der Zusammensetzung des Beamtenstandes — einerlei, ob diese unter dem Zwang der Notwendigkeit oder durch deutschfeindliche Absicht zustande gekommen ist — haben sie nicht erreicht, und werden sie auch durch politische Agitation nicht erreichen, dazu gehören andre Mittel. Die Zeit der Badenschen Sprachenverordnungen ist eine Episode, die wohl den größten Tiefstand der Sprachenfrage für die Deutschen bedeutet, aber sie ist keineswegs die eigentliche Ursache der heutigen Zustände, diese liegt, wie schon aus dem frühern hervorgeht, viel weiter zurück. In demselben Maße, wie die Slaven in ihrer Kulturentwicklung fortschritten, erhoben sie Ansprüche, auch in Amt und Schule in der Sprache den Deutschen gleichgestellt zu werden. Die Polen haben, mit Zustimmung der Deutschen, das schon vor mehr als dreißig Jahren erreicht, den Tschechen brachte erst das Jahr 1880 einen Erfolg. Unter dem Ministerium Taaffe wurden damals die sogenannten Stremayrschen Verordnungen erlassen, die von den Deutschen — von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht — als Mißbrauch des Verordnungsrechts und als Verletzung bestehender Gesetze bekämpft wurden, ebenso wie der Erlaß des Justizministers Praxaf vom Jahre 1886, wegen dessen die deutschböhmisches Landtagsabgeordneten gemeinsam — sie bestanden damals nur aus zwei Parteien — aus dem Prager Landtag austraten. Die Tschechen wenden — von ihrem Standpunkt aus ebenfalls mit Recht — dagegen ein, daß die unter dem deutschen Ministerium Hasner für Galizien erlassenen Sprachenverordnungen, an deren Aufhebung unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr gedacht wird, auf derselben Rechtsgrundlage beruhen, und sie beanspruchen für die zu ihren Gunsten erlassenen Sprachenverordnungen eine gleiche Geltung wie für die galizischen. Die Streitfrage ist bloß durch die Gesetzgebung zu lösen, da es

sich aber dabei um eine Änderung der Staatsgrundgesetze handelt, wofür eine Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus notwendig ist, so kann bei dem heutigen Standpunkt der Parteien, bevor nicht ein Kompromiß zwischen Deutschen und Tschechen vorausgegangen ist, überhaupt keine Entscheidung herbeigeführt werden. Seitdem durch die Episode der Badenischen Sprachenverordnungen in beiden nationalen Lagern der Radikalismus die Agitation beherrscht und die friedlichen Parteien Angst vor Mandatsverlusten an die Radikalen haben, ist jede Verständigung in weite Ferne gerückt, und alle Bemühungen des Ministeriums Körber, durch Verhandlungen einen Kompromiß anzubahnen, sind erfolglos geblieben. Die deutschen Parteien sind augenblicklich in einer günstigeren Lage, weil sich die Deutschradikalen durch die bösen Anfeindungen zwischen Schönerer und Wolf um ihr früheres Ansehen gebracht haben, die Jungtschechen dagegen obstruieren und intransigieren weiter, weil sie alle Ursache haben, sich vor den tschechischen Radikalen zu fürchten.

Die heute nach Aufhebung der Badenischen wieder geltenden Stremayrschen Sprachenverordnungen bestimmten, daß bei den politischen und den Justizbehörden in Böhmen und in Mähren die Erledigung und Entscheidung in der Sprache des eingereichten Gesuchs, die Aufnahme von Parteierklärungen und Zeugenaussagen in der Sprache der Partei und der Zeugen, endlich die Verständigung der Parteien in der bei ihnen vorzusetzenden Sprache zu erfolgen habe; endlich sollten strafgerichtliche Verhandlungen in der Sprache des Angeklagten durchgeführt werden, außer wo das öffentliche Interesse (z. B. bei Schwurgerichten) eine Ausnahme erfordert; die Eintragung in öffentliche Bücher und Register soll in der Sprache der Partei geschehen. Mit Ausnahme der letzten Bestimmung, die einen ziemlichen Wirrwarr in die Grundbücher gebracht hat, enthalten die übrigen Anordnungen nichts, was sich nicht vollkommen rechtfertigen ließe und bei Beamten aus der Bachschen Zeit auch nicht auf die geringsten Schwierigkeiten gestoßen wäre. Für die deutschen Beamten freilich, die darauf pochten, nicht tschechisch lernen zu müssen, war die Sache schwierig; sie konnten nur in deutschen Bezirken gebraucht werden. Die Badenischen Sprachenverordnungen gingen nun viel weiter, dehnten die Zweisprachigkeit auf sämtliche Staatsbehörden aus und bestimmten, daß die Sprache des Ansuchens der Partei auch für die Behandlung in den obern Instanzen maßgebend sei, wodurch die tschechische Sprache der deutschen als innere Landessprache vollkommen gleichgestellt wurde. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde als Regel aufgestellt, daß alle Staatsbeamten in ganz Böhmen und Mähren, die nach dem 1. Juli 1901 angestellt würden, die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachweisen und sich darin einer Prüfung unterzeichnen mußten. Namentlich diese Bestimmung zeigte, daß die Sprachenverordnungen weit über das tatsächliche Bedürfnis hinausgingen und der frühe Termin von 1901 wenigstens für einige Jahre den deutschen Beamtennachwuchs unmöglich machen sollte. Der erbitterte Widerstand der Deutschen hiergegen war ebenso begreiflich wie gerechtfertigt, es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß er schwerlich die ausschreitenden Formen, die

schließlich jeder guten Sitte widersprachen, angenommen hätte, wenn nicht noch ein anderer Umstand hinzugetreten wäre. Das war der Kampf um Wien. So lange Badeni gegen die Herrschaft der Christlichsozialen in Wien Stellung nahm und die Wahl Luegers zum Bürgermeister nicht bestätigte, waren die Wiener großen Blätter noch voller Hoffnung, daß er den Deutschen nicht zu nahe treten werde. Als aber zuerst der christlichsoziale Bürgermeister Strobach und nach dessen baldigem Rücktritt Dr. Lueger bestätigt worden war, wurde in der Wiener Presse zum Kampf gegen das Ministerium aufgerufen und dieser so hitzig geschürt, daß bald die Deutschradikalen die Führung an sich reißen konnten, was den noch heute bestehenden Parteiwirrwarr im deutschen Lager zur Folge hatte, weil die Radikalen das Ziel verfolgten, den andern deutschen „Verrätern“ Mandate zu entreißen. Es braucht gar nicht besonders nachgewiesen zu werden, daß die Agitation gegen die Sprachenverordnungen einen andern Verlauf genommen hätte, und daß vielleicht schon ein Kompromiß zwischen Deutschen und Tschechen möglich gewesen wäre, wenn Badeni nicht seine Stellung zur Wiener Kommunalfrage geändert hätte. Die Deutschen waren, wie auch ihr späteres Pfingstprogramm beweist, damals zu allerhand Zugeständnissen geneigt und hätten sie auch unter dem Einfluß der hauptstädtischen Presse gemacht. In gewisser Beziehung ist es darum gut, daß die Entwicklung so verlaufen ist, denn es wären Stellungen aufgegeben worden, die unter allen Umständen gehalten werden müssen; jetzt ist Zeit gewonnen worden zu ruhigerer Überlegung über das Programm und die Taktik des weitern Vorgehens, wodurch vieles wiedergewonnen werden kann, da die notwendige Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen heute noch in ziemliche Ferne gerückt ist. Daß sich die Jungtschechen alle Mühe geben, die Aufhebung der Sprachenverordnungen als Gewalttat gegen das tschechische Volk hinzustellen, ist begreiflich. Die Partei hat jahrelang ihre freisinnigen Grundsätze verleugnet und die Hand geboten, daß ihren Wählern durch den Ausgleich und die Erhöhung der Verbrauchssteuern schwere wirtschaftliche Nachteile zugefügt wurden. Das geschah alles bloß, um vom Ministerium Badeni die Sprachenverordnungen zu erlangen und sie bis zum Sturz des Ministeriums Thun aufrecht zu erhalten. Da sie nun aber aufgehoben worden sind, bleibt den Jungtschechen nichts übrig, als mit den tschechischen Radikalen in der Aufregung der Bevölkerung zu wetteifern, damit sie von diesen bei den Wahlen nicht gänzlich zur Seite gedrängt werden.

Es ist hier notwendig, einen Blick auf die Stellung des österreichischen Beamtenstandes und überhaupt der studierten Kreise, sowie ihren Einfluß auf das politische und nationale Treiben zu werfen. Von verschiedenen Seiten ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Übergewicht der Beamten und der Studierten eine der hauptsächlichsten Ursachen dafür ist, daß Österreich politisch nicht zur Ruhe zu kommen vermag. Wie auch schon oben ausgeführt worden ist, wäre eine Verständigung in der Sprachenfrage in allen wirtschaftlich tätigen Kreisen leicht zu erreichen, praktisch hat sie sich nach dem Bedürfnis schon längst durchgeführt. Bei der ökonomischen Gruppe der Beamten und der Studierten liegen die Dinge anders, um Amt und Stellung dreht sich

ihre ganze Wirtschaftspolitik. Treten zu dieser materiellen Unterlage noch ein wenig ideale Überzeugung vom Beruf und Eitelkeit hinzu, so entwickelt sich ganz von selber die an der Bürokratie nahezu in allen Ländern beobachtete Erscheinung, daß sie das Amt für das wichtigste im Staat, wenn nicht für den Staat selbst hält. Für dieses Amt, für die Standesinteressen kämpft sie mit Leidenschaft und Erbitterung, alles andre erscheint ihr daneben von minderm Wert; wenn ihrem Stande eine Richterstelle verloren geht, empfindet sie dies mit allen Amtsgenossen als unerseßlichen Verlust, während es ihr höchstens als tief beklagenswerter Umstand erscheint, wenn Handel und Verkehr stocken. Auch in Böhmen und in Mähren wäre die Sprachenfrage nicht so verwickelt und schier unlösbar geworden, wenn nicht das bürokratische Interesse so vielfach und in so ausschlaggebender Weise mit hineinspielte. Der deutsche Beamte findet jede Einrichtung doppelt verwerflich, wenn sie seinem Stande eine Stelle rauben könnte, und der tschechische Beamte benutzt jeden gerechtfertigten Anspruch, wie jede günstige Stimmung der Regierung und jeden Fehler seiner nationalen Gegner, seinem Stande die Aussicht auf neue Stellen zu erschließen. Leute, die unsre heutige höhere Schulbildung durchgemacht haben, verfallen dann leicht dem Doktrinarismus und machen rasch aus ihrer Meinung ein „Prinzip,“ das bald in Gegensatz zu den praktischen Forderungen der Umgebung gerät. Es kann doch schließlich nicht als Grundsatz gelten, daß der Beamte selbst über seine Sprachbefähigung bestimmt. Dahin ist es aber durch den Einfluß der Beamten und der studierten Kreise in Böhmen tatsächlich gekommen. Dem wirklich vorhandenen Bedürfnis stellt man ein „Recht“ gegenüber, das freilich in den sich teilweise widersprechenden gesetzlichen und amtstechnischen Bestimmungen für den Juristen eine Stütze und einen Anlaß zum Einspruch findet, aber doch gegenüber den realen Forderungen des Lebens und des Staates nicht zur Geltung durchzudringen vermag. Damit ist unendlich viel Kraft in aussichtslosen Agitationen und ungeheuer viel deutscher Einfluß verloren worden. Die wirtschaftlichen Kreise kommen daneben nicht auf, ihre Anregungen werden von dem „prinzipiellen“ Standpunkt der Studierten übertönt. Das gilt von Deutschen wie von Tschechen. Man sehe nach Prag. Dort ist, dank der auch aus den „liberalen“ Zeiten stammenden Städteordnung, in die die Regierung beim besten Willen so gut wie nichts hineinzureden hat, eine Gewaltherrschaft gegen die alteingesessenen Deutschen eingerissen, wie man sie auch in unsern Zeiten des Mehrheitsprinzips kaum für möglich halten sollte. Und sieht man nach den Führern — man braucht nur die Namen zu lesen —, so findet man die maßgebenden in den Reihen der Studierten. Gewiß sind auch Bürgerseute darunter, aber solche Mitläufer finden sich ja überall, die sich in der Rolle als Trabanten des führenden „Herrn Doktors“ gefallen, seine Papageien machen und vielleicht durch ihr dadurch vermehrtes Ansehen ihre kleinen Geschäftsvorteile haben. Aber die größere Industrie- und Handelswelt ist damit keineswegs einverstanden, wofür auch Beweise vorliegen; sie empfindet am eignen Leibe, wie der übertriebene und ungerechte Nationalismus für sie mit Nachteilen verbunden ist, und daß das althistorische „hunderttürmige“ Prag, das alljährlich ein Wanderziel für Hunderttausende sein könnte, mehr und mehr

gemieden wird, denn es ist für Reisende kein Vergnügen, an den Straßenecken die unverständlichen Ausdrücke „ulice“ und „nam“ zu lesen und sogar von anscheinend gebildeten Leuten auf eine höfliche Anfrage um Auskunft womöglich gar keine Antwort zu erhalten. Gelegentliche Extratouren aus Rußland oder Paris, bei denen in Deutschenhaß geschwelgt wird, bieten dafür keinen Ersatz, denn sie kosten eher mehr, als sie einbringen. Daß die Deutschen da, wo sie die Mehrheit haben, dem von der „tschechischen Hauptstadt“ eingeführten Terrorismus gegenüber Repressalien üben, ist selbstverständlich, trägt aber nichts zur Gesundung der Verhältnisse bei. Man empfindet es doch überall als anmutende Höflichkeit, sobald man auf fremdem Gebiet öffentliche Anschläge in der eignen Sprache liest, und es ist sicher kein Kulturfortschritt, wenn dergleichen Dinge zu nationalen Macht- und Herrschaftsfragen gestempelt werden.

Der Einfluß des Beamtentums und der studierten Klassen macht sich aber auch noch in einer andern Richtung im nationalen Sinne bemerkbar und wirkt in den Sudetländern schädlich. Die großen Wahlrechtsvorteile und die liberale Kommunalgesetzgebung spielen ihnen fast überall einen ausschlaggebenden Einfluß in die Hände, die weit über die diesen Kreisen sonst berechtigterweise zustehende Stellung hinausgeht. Bei den städtischen Kommunalwahlen sind die Beamten usw. fast ausschließlich in der ersten Klasse, die die geringste Wählerzahl enthält, und darum beherrschen sie leicht diese Abteilung. Ändert sich die Nationalität der Beamtenschaft, so zieht sie auch sehr leicht die Gemeindevertretung zu sich hinüber, um so mehr als in gemischtsprachigen Gemeinden die dritte Wählerklasse meist von Haus aus vorwiegend slawisch ist und nur der geeigneten intelligenten Leitung bedarf, sich nach ihrem Volkstum zur Geltung zu bringen. Man wird es unter diesen Umständen begreiflich finden, daß mit der Vertreibung des Beamtentums in Böhmen und in Mähren nach und nach eine ganze Reihe von einst deutsch verwalteten und zu den deutschen gerechneten Städten und Flecken tschechisch geworden ist. Unterstützt ist diese Bewegung vielfach durch den lärmenden Antisemitismus worden, der die ohnehin gern nach der herrschenden Seite neigenden Juden in das slawische Lager getrieben hat, sodaß sie entweder sich der Wahl enthalten oder auch mit den Tschechen stimmen. Man kann diese zwiefache Einwirkung in allen der Tschechisierung anheim gefallen städtischen Gemeinwesen beobachten. Auffällig ist dann immer die plötzlich eintretende Abnahme des bisher „deutschen“ Bürgertums, ein Beweis dafür, wie groß die Anzahl derer ist, denen die Nationalität wenig gilt, und die meist aus Rücksicht auf ihren Erwerb mit der Mehrheit gehn. Man ersieht daraus, was sich mit der Behauptung der Beamtenstellen für die Deutschen hätte erhalten lassen. In zahlreichen Landgemeinden hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Dort ist in den meisten Fällen wohl die Tschechisierung durch die Heranziehung billiger slawischer und die Abwanderung der höhere Löhne suchenden deutschen Arbeitskräfte gefördert worden, aber noch mehr schreitet sie in gemischtsprachigen und sogar früher deutschen Gegenden durch die Besetzung der Beamten- und der Priesterstellen mit Tschechen fort. Die slawischen Beamten und Geistlichen

treten, im Gegensatz zu den deutschen, fast sämtlich als nationale Agitatoren auf, sammeln ihre Landsleute bis zum geringsten Tagelöhner um sich, womit sie zur Geltung und schließlich zur Herrschaft gelangen, worauf die Ortsverwaltung und die Schule tschechisiert werden. Wären nicht diese tschechischen Agitatoren in den Intelligenzkreisen, so würden die nationalen Ansprüche der zugezogenen tschechischen Arbeiter verhältnismäßig leicht und ohne Benachteiligung des deutschen Volkstums befriedigt werden können. Diese Vorgänge sind in den Sudetenländern allgemein bekannt, und man sollte meinen, die Mittel zur Abwehr böten sich von selbst dar. Aber was sich von selbst versteht, macht sich leider nicht von selbst, am allerwenigsten beim deutschen Politiker. Dem genügt es schon, wenn er etwas einsieht, dann äußert er sich mit kräftigen Worten darüber, trinkt sein Bier aus und geht nach Hause in dem Bewußtsein, er habe etwas für sein Volk getan, aber er findet nicht die Kraft, das wirklich zu tun, was er für notwendig hält. Die Regierung soll es machen, sagt er und gibt auch nicht einen Augenblick der Überlegung Raum, ob sie das wirklich machen kann, oder da sie ja in der Regel auf die Opposition der Deutschen stößt, machen will. Man räsoniert und legt die Hände in den Schoß, man wartet, bis jemand komme, der den Staat für die Deutschen recht bequem einrichte. Jeder Wille, den Staat gestalten zu helfen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Selbsthilfe scheint bei den Deutschösterreichern erloschen zu sein; die Presse ist auch nicht geeignet, hierzu zu erziehen, denn sie tadelt und schmäht nur die Regierung wie die andern Nationen und Parteien, aber dadurch wird bloß dem tatenlosen Eigendünkel Vorschub geleistet.

Seitdem sich das Deutschtum in Österreich aus dem nationalen Tiefstand, den die Badenischen Sprachenverordnungen bezeichneten, wieder emporzuarbeiten beginnt, scheint es politisch-praktischen Erwägungen zugänglich zu werden. Hinderlich bleiben wird ja dabei noch immer der alte Grundirrtum der Mehrzahl der Deutschösterreicher,* der die Begriffe deutschnational und antiklerikal verwechselt; nützlich wird es dagegen sein, daß die politische Hohlheit des Radikalismus, der während des Kampfes um die Sprachenverordnungen wegen seiner rücksichtslosen Formen stark in den Vordergrund getreten war, in weiten Kreisen erkannt worden ist. Man ist in der letzten Zeit wieder zur Belebung der frühern Obmännerkonferenz der deutschen Parteien geschritten, wodurch wohl das gemeinsame Vorgehn der bedeutendern deutschen Parteien verbürgt werden könnte, wenn man wirklich etwas tun will und die frühern Fehler, die immer wieder zur Spaltung führten, vermeidet. Die Hauptverantwortung dafür wird auf die stärkste der deutschen Parteien, die deutsche Volkspartei, fallen, die zu drei Vierteln aus den Alpenländern gewählt ist und auch schon vor der Episode der Sprachenverordnungen Anläufe zur praktischen Politik nahm, bis schließlich alles der lärmenden Führung der Radikalen und der Mandatsfurcht vor ihnen verfiel. Jetzt wird die Partei den frühern Faden wieder aufnehmen müssen, und zwar in mutigerer und klügerer Weise als im vergangnen Jahre. Es hat weder zum Vorteil des Deutschtums noch zum Ansehen der Partei beigetragen, daß sich diese während der Abstimmung über den Dispositionsfonds aus dem

Sitzungs- und Saal entfernte und ängstlich in den Korridoren lauschte, ob das Haus die unbedeutende Summe etwa ablehnen werde, was ja an und für sich wenig aber doch ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Körber bedeutet hätte, das die deutsche Volkspartei nicht missen mag, dem sie aber aus Furcht vor den Radikalen kein Zeichen des Vertrauens zu geben wagte. Ebensovienig wird es angehn, daß die deutsche Volkspartei wieder einen parlamentarischen Vorwand benutzt, aus der Obmännerkonferenz zu dem unverkennbaren Zwecke auszutreten, die Hände für die niederösterreichischen Wahlen gegen die Christlich-sozialen frei zu bekommen. Der Gewinn eines einzigen Landtagsmandats hat jedenfalls die durch die Auflösung der Obmännerkonferenz hervorgerufene parlamentarische Schwächung der Deutschen im Abgeordnetenhaus nicht gerechtfertigt. Die deutsche Volkspartei muß zu dem Standpunkt zurückkehren, den ihr damaliges Mitglied Dr. Steinwender im Dezember 1898 in Währing betonte: „Die Sprachenverordnungen sind nicht das Übel, an dem wir leiden, sie sind nur eine seiner gefährlichen Erscheinungsformen. Die Krankheit besteht nach wie vor darin, daß die Deutschen seit zwanzig Jahren zerspalten in viele Fraktionen, ohne Einfluß auf die Politik sind, und daß man gegen sie regiert. Wir haben es seit zwanzig Jahren zu gar nichts als zu einer impotenten Raunzerei gebracht. Wenn wir die Sprachenverordnungen aufheben, stehen wir dort, wo wir vor zwei Jahren gestanden haben. Die wichtigste Aufgabe der Deutschen in Österreich ist, nationale Politik zu treiben nach außen und nach innen. Wir haben seit zwanzig Jahren ein Bündnis mit Deutschland; es ist gemacht worden, ohne daß die Deutschen etwas davon gewußt haben. Es ist im Interesse des Staats gemacht worden mit dem Magyaren Andrássy. Dieses Bündnis mit Deutschland entspricht unsern Gefühlen, es entspricht aber auch dem Bedürfnis des Staats. Wir müssen sichere Stützen dieses Bündnisses sein, das können wir aber nur dann, wenn wir mächtig sind. Die Raunzerei nützt gar nichts, wir müssen trachten, Einfluß auf die Geschichte Österreichs zu erhalten. Heute kann sich das deutsche Bündnis viel mehr verlassen auf die Magyaren, als auf die Deutschen Österreichs. Das ist eine Schande für uns. Wir haben nicht Demonstrationen zu machen, die dem Reiche Schwierigkeiten bereiten, sondern zu trachten, selbst zur Macht zu gelangen und aus Österreich einen verlässlichen Bundesgenossen zu machen.“ Dr. Steinwender mußte damals wegen dieser vernünftigen Worte aus der Partei austreten, weil sie Furcht vor den Radikalen hatte.

Seit jenen Tagen ist die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um politische Macht zu gewinnen, unter den Deutschösterreichern fortwährend gewachsen und hat vor dem Schluß der Abgeordnetenversammlung Ende Juni zu der schon erwähnten Wiederbelebung der Obmännerkonferenz unter dem Namen Vollzugsausschuß geführt, der vierzehn Mitglieder hat. Der Name tut nichts zur Sache, es handelt sich darum, ob wirklich etwas, und was geschehen wird. Die Notwendigkeit drängt dazu, daß politische praktische Beschlüsse gefaßt werden, und darum ist ein theoretisches Programm gar nicht nötig, die Ausarbeitung eines solchen wäre Zeitvergeudung. Dagegen gilt es, in allen politischen Entscheidungen einen praktischen Standpunkt

zu gewinnen und namentlich bei Fragen des Großstaats und der Monarchie den unfruchtbaren Weg der doktrinären oder taktischen Opposition zu verlassen, die hauptsächlich dazu geführt hat, daß das Ansehen der Deutschen als ausschlaggebende Macht in Oesterreich geschwunden ist, daß all die kleinen Vorteile, die von selbst den Mehrheitsparteien zufließen, den Slaven zugewandt worden sind und sich im Verlauf eines Vierteljahrhunderts verfehlter Politik zu einer Summe angesammelt haben, die die Klage über den Rückgang des Deutschtums nicht unberechtigt erscheinen lassen. Man muß die Wurzel des Übels erkennen, und dann wird man auch den Folgen vorbeugen. Vor allem wird es notwendig sein, den Dingen in den Sudetenländern, und namentlich in Deutschböhmen, ernst ins Auge zu sehen und auch dort mit der verfehlten Taktik zu brechen. Die dortige Verschlimmerung ist doch wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Deutschen aus Bequemlichkeit und einer Rechtsauffassung zuliebe, die sich mit den wirklichen Verhältnissen nicht verträgt, die Beamtenstellen geräumt haben, in die dann der Tscheche eingerückt ist. Das muß aufhören, der Deutsche muß dort jeden Posten verteidigen, und das kann er am leichtesten als tschechisch redender deutscher Beamter. Es ist die höchste Zeit dazu, denn die Folgen der bisherigen verfehlten Taktik haben den Höhepunkt noch nicht erreicht. Jetzt muß schon die „Bohemia“ den Mangel an deutschen Beamten zugestehn. Die Beherrschung der zweiten Landessprache sichert unter allen Umständen gewisse Vorteile, und zwar auch dann noch, wenn die Bezirke in Böhmen national abgegrenzt werden sollten. Die höhern Instanzen, die zum Teil zweisprachig sein müßten, würden doch den Deutschen verschlossen sein, außerdem würde auch nach der Zweiteilung ein gemischt-sprachiger Rest übrig bleiben, der aber nach und nach der Verschöckung anheimfallen müßte, wollte die deutsche Intelligenz sich selbst durch Nichterlernung des Tschechischen den Zutritt zur Verwaltung dieser Gebiete versperren. Wir geben gern zu, daß kein großpolitisches Interesse dabei in Frage steht, die österreichisch-ungarische Monarchie könnte wohl noch einen stärkern slawischen Einschlag vertragen, ohne daß sie selbst gefährdet und das Bündnis mit Deutschland unmöglich würde. Aber es liegt ein Bedürfnis des gesamten deutschen Volkstums, sowohl im Deutschen Reich wie in Oesterreich vor, daß sich der slawische Kiesel, der sich bis mitten in das deutsche Volk vorschiebt, nicht verbreitert. Darum ist es zunächst Sache der Führung der Deutschösterreicher, die Wendung einzuleiten. Die ewige Retirade in Böhmen muß aufhören, die Zweiteilung, soweit sie von Rückzugsgefühlen diktiert wird, muß man fallen lassen, und es muß zur Neubewaffnung gegriffen werden, um zunächst den letzten Rest des Besitzes verteidigen zu können und dann zur Wiedereroberung der aufgegebenen Stellungen zu schreiten. Gewiß wird es einen erbitterten Kampf mit den Tschechen geben, der ist aber ehrenvoller als der freiwillige Rückzug mit „Rechtsverwahrung“ und die „Kaunzerei“ hinterher, und er würde auch gar nicht zu lange dauern, denn deutsche Kraft muß den Sieg behalten über die zähe Beweglichkeit der Tschechen, der deutsche schöpferische Geist bleibt ihrem Anpassungsvermögen immer überlegen, ernster deutscher Wille ist stärker, als die schnell auflohende Blut slawischer Begeisterung. Aber

diese deutschen Tugenden werden nicht ererbt, sie müssen von jeder Generation neu erworben werden, mit einem strammen deutschen Volksbewußtsein sind keineswegs alle deutschen Tugenden notwendig verbunden. Das mögen sich die Deutschböhmen vor Augen halten, das möge den Führern der Deutschösterreicher als Richtschnur gelten. Sobald der Tscheche erkennt, daß der Deutsche — nicht mit dem Munde, sondern mit der innern Blut des wieder- gebornen Volkstums — den Kampf aufnimmt, wird er bald nachgeben, denn die Partie steht ungleich, die Tschechen können ihr Sprachgebiet gegen ein mit zehnfacher Übermacht sie umgebendes Volkstum nicht aufrecht erhalten, das können sie bloß Schwächlingen gegenüber, die ihre Kraft in Demonstrationen und Doktrinen vergeuden. Die Tschechen wissen, daß trotz so grober Fehler ihrer Gegner das Deutschtum in Böhmen der Zahl nach doch nicht zurückgegangen ist, und daß es bei geänderter Taktik siegen muß. Dann erst werden sie zum Frieden bereit sein, aber solange ihnen die heutigen Aussichten winken, niemals, aus großen Worten machen sie sich nichts. Das Gefechtsfeld für die Deutschösterreicher ist klar zu überschauen, klärend und befreiend für Österreich wird aber schließlich nur der erstrittne Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen wirken. Alle Verfassungsänderungs- und Länderteilungspläne sind bis dahin vergeblich, wenn nicht überhaupt schon von Haus aus verfehlt.

— v —



Aus der Romanliteratur

(Schriften von Wilhelm von Polenz)



ie Literatur gehört in die allgemeine Geschichte des geistigen Lebens und läßt mit am deutlichsten dessen intime Regungen erkennen. Darum unterliegen Werke der Literatur eigentlich zuerst immer einer ideellen, erst dann einer persönlichen Betrachtung. Es ist nicht anders, als daß, wie Ranke einmal in der Geschichte der Päpste sagt, alles menschliche Tun und Treiben dem leisen und der Bemerkung oft entzogen, aber gewaltigen und unaufhaltbaren Gänge der Dinge unterworfen ist. Wenn wir vom Verfasser gar nichts wissen, so lernen wir ihn und seine Zeit durch sein Werk kennen. Das um so mehr, als bei uns der Roman und die nicht scharf von ihm zu scheidende Novelle an Schrift und Druck gebunden sind, während einst in der westeuropäischen Kultur die Kunst mündlich fortgepflanzter Novellen bei den Isländern gedieh (Heusler, Die Geschichte vom Hühnerthorir. Berlin, 1900). Nachdem sich der Roman aus dem Epos gelöst und zum Teil mit Chronik und Biographie vereinigt hat, ist diese nicht-dramatische Darstellung menschlicher Dinge unter wechselvollen Schicksalen zu einer reichen Entwicklung gekommen, die beweist, wie sehr sie Bedürfnis ist.

Da wir ein geistiges Erzeugnis im Grunde erst dann verstehen, wenn wir zu wissen glauben, aus welchem Bedürfnis es entstanden ist, so werden wir auf die doppelte Betrachtung der Tendenz der Zeit und der Persönlichkeit des Autors